Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe unverlangter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,150.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 59. Donnerstag den 28. Februar 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Statistisches Amt.

Unser statistisches Amt befindet sich von heute an im **Stadthause, Obstmarkt 3,** im dritten Oberstock, Zimmer 138.

Leipzig, den 22. Februar 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hasse.

Bekanntmachung.

Das 6. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 14. März d. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1530. Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstags. Vom 20. Februar 1884.

Leipzig, den 22. Februar 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Stöß.

Bekanntmachung.

Trotz der Vorschriften in § 4 Abs. 2 der revidirten Sparcassenordnung vom 24. Juni 1877, wonach die bei der hiesigen städtischen Sparcasse auf ein und dasselbe Sparcassenbuch deponirten Beträge die Summe von 1500 Mark nicht übersteigen dürfen, haben die Inhaber einer größeren Anzahl von Sparcassenbüchern, deren Nummern nachstehend unter © verzeichnet sind, durch zum Theil während längerer Zeit unterbliebene Abhebung der Zinsen ihre Einlagen über den Betrag von 1500 Mark anwachsen lassen.

Unter Hinweis auf die oben gedachte statutarische Bestimmung, sowie darauf, daß rücksichtlich der über 1500 Mark überschießenden Beträge die Verzinsung weggefallen ist, fordern wir demgemäß die Inhaber der betreffenden Sparcassenbücher auf, die entsprechenden Mehrbeträge ehebaldigst zurückzunehmen.

Leipzig, am 20. Februar 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Fiebgang.

©

Serie I. Nr. 33541 37838 41219 44740 47491 48029 48624 51626 55402 56569 57258 58111 63308 63332 64042 64893 65595 69934 70857 71566 79815 80122 80894 80998 91348 92658 92703 93948 96205 96530 97235 98932.

Serie II. Nr. 1730 2461 4243 4816 5122 6063 7094 7367 7969 11248 12476 12713 15513 16891 19222 19094 21446 23634 23101 26259 26432 26447 26458 27896 27958 33039 35747 38925 41429 41535 41753 42064 42314 47810 48254 51507 53368 54488 56707 59488.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, in nächster Zeit die Hauptschleuße der **Poniatowskystraße** umzubauen, und fordern daher unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 10. März 1881 **die Besitzer, bez. Verwalter der angrenzenden Grundstücke** auf, etwa **beabsichtigte,** die **bezeichneten Straßenstrecke berührenden Arbeiten** an den Privatgas- und Wasserleitungen **ungesäumt zu vollenden,** auch wegen Unterführung der Fallrohre, bez. wegen etwa nothwendig werdender Einlegung oder Umlegung von Beischleußen unverzüglich bei uns Anzeige zu erstatten, damit die Herstellung der Fallrohr- und Beischleußen gleichzeitig mit dem Bau der Hauptschleuße auf Kosten der Adjacenten erfolgen kann; die Höhe der wegen Herstellung der Fallrohrschleußen zuvor bei uns zu hinterlegenden Baukosten wird einem jeden Betheiligten mittelst besonderer Zufertigung bekannt gegeben.

Im Falle der unterlassenen Anzeige haben die Säumigen, außer der Einziehung einer Geldstrafe bis zu 60 ℳ zu gewärtigen, daß die vorstehend gedachten Arbeiten an Fallrohren und anderen Beischleußen von Rathswegen auf ihre Kosten ausgeführt werden.

Leipzig, am 11. Februar 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cichorius.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß in der Zeit von Donnerstag, den 6. März cr., bis Sonntag, den 9. März, Nachts die Spülung der Hauptröhren der städtischen Wasserleitung durch die Spülschieber nach den Schleußen, vom 10. März an aber die Spülung der Zweigröhren am Tage stattfinden wird.

Leipzig, am 25. Februar 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Cichorius.

Einführung
eines neuen Handelsgebrauchs im Wechselgeschäft.

Nachdem der Börsenvorstand beschlossen hat, von jetzt an Wechsel auf italienische Plätze, d. h. auf Florenz, Genua, Mailand, Neapel, Rom, Turin und Venedig, an der Börse zu notiren, bringen wir, im Einvernehmen mit dem ersteren, folgende Ergänzungen der Handelsgebräuche der Börse im Wechsel-, Geld- und Effectengeschäft, wie sie sich nach unserer Bekanntmachung vom 18. November 1880 gebildet haben, hiermit in Vorschlag:

1. Für italienische Plätze gelten 10 Tage als kurze Sicht. Wechsel dieser Art dürfen nicht kürzer als 7 Tage und nicht länger als 14 Tage zu laufen haben; bei kürzerer Laufzeit als 10 Tage findet Zinsvergütung nicht statt.
2. Wechsel auf italienische Plätze im Betrage von mehr als L. 15 000 oder von weniger als L. 500 bei kurzer, weniger als L. 1 000 bei langer Sicht sind ohne besondere Vereinbarung nicht lieferbar.

Etwaige Einwendungen gegen diesen Vorschlag sind

bis zum 28. März d. J.

auf unserem Bureau, Neumarkt 19, I, einzureichen. Falls bis dahin solche Einwendungen nicht erhoben sein sollten, werden die obigen Ergänzungen auf Grund von §. 14 der Börsenordnung vom 31. März 1870 anderweit mit der Wirkung veröffentlicht werden, daß gegen denjenigen, welcher bei Abwickelung eines Börsengeschäfts den veröffentlichten Handelsgebräuche die Anerkennung verweigert, Ausschließung von der Börse verfügt werden kann.

Leipzig, den 26. Februar 1884.

Die Handelskammer.
Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Gensel, S.

Bekanntmachung.

In Verwahrung des unterzeichneten Polizeiamts befinden sich die nachverzeichneten Gegenstände, welche von den Mannschaften der hiesigen Feuerwehr in hiesigen Theatern gefunden und seiner Zeit beim Theaterrathe nicht abgeholt worden sind, als: 1 Paar lichtbraune Herren-Glacéhandschuhe, 1 Portemonnaie mit 34 ₰ Inhalt, 1 Stück goldene Tuchnadel, 2 Stück goldene Remontoiruhr-Aufziehschrauben, 1 goldener Ohrring, 1 Uhrschlüssel, 1 Brille mit Futteral, 1 Glas von einem Operngucker, 1 Portemonnaie mit 1 ℳ 46 ₰ Inhalt, 1 braunseidener Damenlaunenschirm, 1 schwarzseidener desgleichen, 1 Battisttaschentuch gez. M. S. Nr. 72, 1 schwarzgewirkter Shawl, 1 bronzene oder vergoldete Haarnadel, 1 Gummischuh, 1 Elfenbein-Fächer mit weißen Federn, 1 schwarzer Holzfächer, 1 schwarzer Holzfächer mit schwarzen Federn, 1 weißer Holzfächer, 1 defecter silberner Ring. Die unbekannten Eigenthümer dieser Gegenstände werden hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben im hiesigen Criminal-Commissariat zu melden, da anderenfalls gemäß §. 239 des bürgerlichen Gesetzbuchs darüber verfügt werden wird.

Leipzig, am 26. Februar 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. R.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Die Anmeldung von **Handlungslehrlingen,** welche kommende Ostern in die Früh- oder Nachmittagscurse der **Lehrlingsabtheilung eintreten sollen,** erbittet sich der Unterzeichnete in der Zeit

vom 17. bis mit 20. März, Vormittags 11—12½ Uhr,

womöglich unter persönlicher Vorstellung der Anzumeldenden durch ihre Herren Principale.

Während der gedachten Zeit werden auch Anmeldungen für den **einjährigen fachwissenschaftlichen Cursus** entgegen genommen, an welchem sich **Handlungslehrlinge** betheiligen können, die im Besitze des Zeugnisses über die wissenschaftliche Befähigung zum Einjährig-Freiwilligendienste sind. Unterricht 10 Stunden wöchentlich, Schulgeld **90 M.**

Leipzig, im Februar 1884. **Carl Wolfrum, Director.**

Nichtamtlicher Theil.

Die bonapartistische Agitation.

Der Carneval wird in diesem Jahre nicht blos vom Volk und Gesellschaft in Frankreich gefeiert, er hat auch die politischen Kreise erfaßt und sich in denselben zum Herrscher aufgeschwungen. In der Kammer erklärte Ferry vor einigen Tagen, als ihm die Mitglieder der äußersten Linken wegen der Expedition nach Madagaskar hart zusetzten: „Es giebt keine Expedition nach Madagaskar, dort handelt es sich blos um eine Gendarmerie-Operation, welche wir gegen uncivilisirte Völkerschaften ausführen." Und die Kammer ließ es ruhig geschehen, daß die Interpellation Laneſſan auf 14 Tage hinausgeschoben wurde. Das war gewiß ein überraschender Carnevalsscherz, aber die Art und Weise, in welcher die Bonapartisten die Wiederherstellung des Kaiserthums betreiben, fordert doch noch mehr den Spott heraus. Es ist jetzt gerade ein Jahr her, daß der Prinz Napoleon in Folge seiner Freisprechung von der Anklage eines Angriffes auf die bestehende Staatsform sein Gefängniß verließ und unter den Hochrufen der versammelten Menge auf einem für ihn bereit gehaltenen Rosse davonsprengte. Dann verhielt er sich eine Zeit lang ruhig, wartete ab, bis das Gesetz gegen die Prinzen von Orleans angewendet und diese aus der Armee entfernt waren, dann trat er plötzlich als erklärter Gegner der Orleans hervor und beschuldigte sie, daß sie die Verfassung von 1875 eingeführt hätten, durch welche die Regierung Frankreichs den unverantwortlichen Mehrheiten ausgeliefert und das Volk mundtodt gemacht sei. Der Prinz verlangt deshalb eine constituirende Versammlung zur Revision der Verfassung, welche die Wahl des Staatsoberhauptes unmittelbar dem Volke überträgt. Das Lächerlichste an dieser Bewegung ist, daß Prinz Napoleon ausdrücklich ablehnt, daß er für sich und seinen Sohn den französischen Thron beanspruche; was ihm allein am Herzen liege, sei das Princip der Wahl des Staatsoberhauptes durch das Volk, das Plebiscit. Cassagnac, der niemals der Freund des Prinzen Napoleon war und es seit dem Tode des Prinzen Louis mit dem Prinzen Victor hält, macht den Vater seines Candidaten fortgesetzt lächerlich und läßt sich davon durch keine Erklärungen oder Handlungen seines Schützlings abhalten. Ob er ihn dadurch in Verlegenheit bringt, gilt ihm gleich, er hält nun einmal den Prinzen Plon-Plon für regierungsunfähig und sagt ihm das bei jeder Gelegenheit. Cassagnac geht dabei von der offenbar richtigen Anschauung aus, daß durch eine Agitation nach dem Recept des Prinzen Jerome die Wiederherstellung des Kaiserthums niemals gelingen wird, nicht durch die Achtung vor dem Gesetz, sondern durch rücksichtslose Gewalt soll nach seiner Ansicht das Kaiserthum wieder aufgerichtet werden, ganz in derselben Weise, wie es von Napoleon I. und Napoleon III. geschehen ist. Daß Prinz Plon-Plon einer solchen Kühnheit unfähig ist, darin hat Cassagnac gewiß recht, wenn ihm aber die französische Regierung etwas Derartiges zutraute, so würde sie ihn vermuthlich nicht ruhig gewähren lassen, sondern ihn unschädlich machen durch Ausweisung aus Frankreich oder Gefangensetzung.

Die bonapartistische Agitation ist der Regierung sogar augenblicklich nicht unwillkommen, denn sie treibt einen Keil in die Arbeiterbewegung. Um die Gunst der Arbeiter bewerben sich gegenwärtig drei Parteien: Die Orleanisten, die Bonapartisten und die äußerste Linke mit den Radicalen, während die Regierung ihnen neutral gegenübersteht. Daß die Orleanisten mit Hilfe der Arbeiter ans Ruder kommen wollen, hat sich bei den Versammlungen der Lumpensammler gezeigt, in welchen monarchistische Abgeordnete das große Wort führten. Prinz Napoleon beschränkt sich nicht auf solche Flickarbeit, er geht gleich aufs Ganze und versichert den Arbeitern, daß die goldene Zeit für sie beginnen werde, sobald sie einen Napoleoniden zum Kaiser wählten, dann würden sie Arbeit und Geld, Brod und Spiele haben, wie sie es sich nur wünschen könnten. Ein Theil der nothleidenden Arbeiter wird dadurch wirklich stutzig, besonders wenn als Vorläufer der versprochenen Herrlichkeiten ihnen etwas Münze in die Hand gedrückt wird, woran es die Herren Thronbewerber sicherlich nicht fehlen lassen; denn durch bloße Redensarten würden sie keine Anhänger gewinnen, dazu gehört etwas Greifbares, was den Wünschen der Menge entgegenkommt. Man kann es der Regierung nicht verdenken, wenn sie so bereitwillig geleistete Dienste in so schwerer Zeit dankbar hinnimmt, denn die Minister haben jetzt wahrlich alle Ursache, den Kopf oben zu behalten, damit die auswärtigen Verwickelungen und das Deficit ihnen nicht die Besinnung vollständig raubt.

Cassagnac, welcher trotz seines rücksichtslosen Verhaltens gegen den alten Prinzen Napoleon die eigentliche Seele der Bewegung ist, weiß ganz genau, daß er seine Hoffnungen nur auf den Prinzen Victor richten kann, er ist auch des Einverständnisses mit der Kaiserin Eugenie darin vollständig sicher, und außerdem schadet seine Verspottung des Prinzen Plon-Plon der Sache, welche er vertritt, nicht im Mindesten. Was er mit Festigkeit und Rücksichtslosigkeit anstrebt, ist, den jungen Prinzen Victor für seine Pläne heranzubilden, ihm die wahre Gestalt der Verhältnisse stets vor Augen zu halten, damit er, wenn der rechte Augenblick gekommen ist, auch vor der Anwendung der entsprechenden Mittel nicht zurückschreckt. Dazu ist eine unerläßliche Vorbedingung, daß die Sympathien in der Armee für die bonapartistische Sache gepflegt werden. Das geschieht theils in der Stille, theils öffentlich, und wenn jetzt eine Broschüre erschienen ist, welche das Lob des Generals Gallifet verkündet, so wird man sich dabei erinnern müssen, daß dieser General zu den treuesten Anhängern Napoleon's III. zählte. Die Franzosen haben den Rachefeldzug gegen Deutschland als Hauptziel der Zukunft erwählt, und alle Parteien erhoffen von seinem glücklichen Ausgang zugleich den Sieg ihrer Sache. Die Republikaner erwarten davon nicht minder die feste Begründung der Republik, wie die Orleanisten die Wiederherstellung des Königthums und die Bonapartisten die Erneuerung des Kaiserthrones. Deshalb verhöhnt auch der praktische Cassagnac die harmlosen Versuche des Prinzen Jerome, sich mit Hilfe hungernder Arbeiter die Nachfolge Napoleon's III. zu sichern. Die Organisation, welche dieser Prinz gegenwärtig betreibt, hat nur die eine unzweifelhafte Folge, daß sie ihrem Urheber sehr viel Geld kostet. Nebenher dient sie den spottsüchtigen Franzosen als Gesprächsthema, und endlich hilft sie dem Ministerium über die Schwierigkeiten der Lage hinweg. Daher legt Ferry dem Prinzen Napoleon auch nicht die geringsten Hindernisse in den Weg und würde ihm mit Freuden jede Erleichterung gewähren, wenn sich ihm dazu Gelegenheit bietet. *

Leipzig, 28. Februar 1884.

* **Angesichts der Frage der Verlängerung des Socialistengesetzes erscheint es nicht uninteressant, einer Aeußerung des „Osservatore Romano", des Hauptorgans der römischen Curie,** Erwähnung zu thun. Derselbe belobt das neuerdings auf Grund dieses Gesetzes erfolgte Verbot anarchistischer Schriften als eine „ohne Zweifel kluge und billigenswerthe Maßregel." Daran knüpft er die folgende Bemerkung: „Auch in dieser Beziehung jedoch, wie überhaupt, beweisen die Thatsachen und die herbe Erfahrung, wie weise und wohlthätig die Systeme der Kirche immer gewesen sind." Die in Rede stehende deutsche Einrichtung gilt ihm nämlich einfach als eine Nachahmung des römischen Index, nur daß die Kirche natürlich viel besser zu Werke ging. Die Kirche, sagt der „Osservatore", „trug nicht allein Sorge, die Gesellschaft gegen jenen Geist der Unduldsamkeit und des Aufruhrs zu sichern, mit welchem sich jetzt auch die Staaten ernstlich zu beschäftigen gezwungen sind, sondern sie suchte mit vorausschauendem Blicke alle verkehrten Antriebe zu unterdrücken, in der Ueberzeugung, daß die Keime des Bösen mit einander verkettet sind, und daß man nicht auf Achtung vor der Autorität und den Gesetzen rechnen kann, wenn man der Zuchtlosigkeit, der Irreligiosität, der Gottlosigkeit hat den Zügel schießen lassen. Nachdem sie jetzt die Bahn, auf welche die menschliche Gesellschaft gerathen ist, und die ungeheuren Gefahren derselben gesehen haben, werden Viele, wenigstens im Innersten ihres Gewissens, anerkennen müssen, daß man in der Vergangenheit weit vernünftiger gehandelt haben würde, wenn man die Lehren und die Beispiele der Kirche, statt ihnen zuwiderzuhandeln und sie zu verspotten, ehrerbietig aufgenommen und befolgt hätte." Die Nutzanwendung daraus, daß nämlich die Gesellschaft, die Civilisation nicht anders zu retten sein wird, als durch eine allgemeine reuige Unterwerfung unter die päpstliche Gewalt, ist zu stereotyp, als daß wir uns mit ihr weiter zu beschäftigen hätten. Dagegen ist es nicht unnütz, für den Fall, daß etwa die römische Argumentation in den demnächstigen Reichstagsdebatten verwerthet werden sollte, rechtzeitig auf den sehr wesentlichen Unterschied zwischen der auf Grund des deutschen Socialistengesetzes urtheilenden Behörde und der Indexcongregation aufmerksam zu machen. Jene ist an das ganz bestimmte Kriterium gebunden, daß die betreffenden Schriftwerke unmittelbar den öffentlichen Frieden bedrohen, diese soll, wie der „Osservatore" selbst sagt, schon alle „verkehrten Antriebe" treffen. Daraus folgt, daß unter jener die rein wissenschaftliche Erörterung einer von der herrschenden abweichenden Gestaltung des Staates und der Gesellschaft, überhaupt die „freie Forschung", recht wohl möglich, unter dieser aber, wenn auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen, so doch dermaßen der Willkür der Urtheilenden preisgegeben ist, daß sie als so gut wie ausgeschlossen betrachtet werden muß. Schwerlich wird daher Jemand, der im Uebrigen eine Verlängerung des Socialistengesetzes für zweckmäßig, bezw. nothwendig hält, sich durch die Analogie mit dem Index abschrecken lassen. Andererseits aber wird man um so gespannter auf die Haltung des Herrn Windthorst und seines Gefolges gegenüber dem Socialistengesetze sein dürfen, nachdem der „Osservatore Romano" in demselben eine „kluge und billigenswerthe Maßregel" erkannt hat.

* Die zuständigen **Bundesrathsausschüsse** haben in mehr als fünfstündiger Sitzung die erste Lesung des **Arbeiter-Unfallversicherungsgesetzes** beendet. Gestern sollte die zweite Lesung stattfinden und der Entwurf dann in der nächsten Plenarsitzung des Bundesrathes, welche vielleicht am Donnerstag schon stattfindet, fertiggestellt werden. Dem Vernehmen nach gestaltete sich die Debatte am lebhaftesten über das Reichsversicherungsamt. Hier trat namentlich Württemberg lebhaft dafür ein, die Befugnisse desselben auf die Einzelstaaten zu übertragen. Die bezüglichen Anträge blieben aber in der Minderheit. Erfolgreicher war Bayern mit Abänderungen hinsichtlich der Recurs-Instanz. Erheblich sind die Beschlüsse bezüglich der Herabminderung der den Genossenschaftsvorständen zugestandenen Strafbefugniß auf die Hälfte u. dergl. m. — Es hat auch bereits in den Ausschüssen die zweite Lesung des Entwurfes über die Reform des **Actienwesens** stattgefunden, und gestern sollten die Ausschüsse an die Novelle zu dem Gesetze über die eingeschriebenen Hülfscassen herantreten. Im Ganzen befolgt man die Absicht, dem Reichstage bei seinem Zusammentritt womöglich alle größeren Vorlagen zu unterbreiten, mit welchen er in der bevorstehenden Session befaßt werden soll.

* Im Wahlkreise **Bielefeld-Wiedenbrück** ist an Stelle des verstorbenen Geh. Rath Marcard der conservative Candidat, Redacteur **von Ungern-Sternberg** in Berlin, zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden. Es erhielt Herr von Ungern-Sternberg 7727, Windthorst-Bielefeld (Fortschritt) 3418 und Hoffmann (Socialdemokrat) 2244 Stimmen. Das Stimmenverhältniß seit den letzten Wahlen hat sich wenig verändert; nur die Socialdemokraten haben einen ansehnlichen Zuwachs zu verzeichnen. Der Wahlkreis ist, wenn Conservative und Centrum zusammengehen, einer der sichersten für die ersteren. Auch diesmal hatten die Centrumsführer den conservativen Candidaten warm empfohlen, der sich dafür zu weitgehenden Zugeständnissen in der kirchenpolitischen Frage verstand. — Auch in **Glatz** hat eine Reichstagswahl stattgefunden als Ersatz für den verstorbenen Herrn von Ludwig. Gewählt ist ohne Zweifel der aus dem preußischen Abgeordnetenhause bekannte ultramontane Herr **von Hüne,** der zum erstenmal in den Reichstag eintritt. Ein Gegencandidat war unseres Wissens gar nicht aufgestellt. Es sind jetzt nur noch zwei Reichstagsmandate erledigt: Sonneberg-Saalfeld und Bunzlau.

* Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem **Reichskanzler** und dem Cultusminister **von Goßler,** von denen gerüchtweise verlautete, haben, wie die „Nationalzeitung" berichtet, thatsächlich existirt, mögen dieselben auch officiös geleugnet werden. Diese Angelegenheit ist für jetzt ausgeglichen. Herr von Goßler bleibt an der Spitze des Cultusministeriums. Ob der Ausgleich ein dauernder ist, wird sich zu zeigen haben. Jedenfalls ist der Eifer, mit welchem die Gegner des Herrn von Goßler (welche nicht auf der Linken sitzen) einen Oberpräsidenten aus den westlichen Provinzen als voraussichtlichen Nachfolger bezeichnen, verfrüht. Die Gründe der Differenzen sind in keiner Beziehung in Vorgängen zu suchen, welche sich im Landtage abgespielt haben.

* Die vielverbreitete Angabe über Ernennung des Contreadmirals **Blanc** zum Nachfolger des Herrn **von Brandt** als Gesandter in Peking ist falsch. Der Posten wird vorläufig noch nicht definitiv besetzt werden.

* **Mit dem Hinzufügen, daß sie „auf guter Information" beruht, entnimmt bemerkenswerther Weise die (amtliche) „Coburger Ztg." folgende Berliner Correspondenz dem „Pester Lloyd":**

„In den dem Hofe näher stehenden Kreisen ist mit großer Befriedigung bemerkt worden, wie überaus herzlich die Aufnahme war, welche dem Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha bei seinem jüngsten Besuche am kaiserlichen Hofe zu Theil wurde. Es ist das sicher das beste Dementi aller jener grundlosen und thörichten Mittheilungen, welche vor einiger Zeit in offenbar feindlicher Tendenz gegen den Herzog durch verschiedene Blätter die Runde machten. Auch jetzt haben einige Zeitungen wieder sich bemüht, irrige Gerüchte in die Oeffentlichkeit zu bringen — so z. B. die Nachricht von einer eingehenden „Besprechung" des Herzogs mit hohen Verwandten über angebliche Differenzen in dem herzogl. Hause. Es wurde aufs Neue die Fabel aufgetischt, der Herzog von Edinburg habe im vorigen Herbst, aus Verstimmung über die bekannten Vorgänge auf dem Hofball zu Coburg, diese Stadt plötzlich verlassen, und ferner, daß auf Wunsch des deutschen Kronprinzen jetzt auf neutralem Boden Vermittelungsversuche angestellt seien. Alles dies beruht, wie ich aus bester Quelle erfahre, auf Erfindung. Der Herzog von Coburg hat von seinem Rechte als Souverain Gebrauch gemacht, wie dies jeder Hausherr in seinem Hause zu thun in der Lage ist und im gleichen Falle auch thut. Damit ist die Angelegenheit erledigt und von „Vermittelungen" oder dergleichen kann keine Rede sein."

* * *

* Auf Staatskosten wird in der nächsten Zeit in **Laibach** eine neue **slovenische Zeitung** herausgegeben werden, die den Titel „Ljubljanski list" führen und deren Redacteur der durch seine nationalen Hetzereien bekannte slovenische Professor Schukje werden soll. Die Gründung dieses slovenisch-officiösen Blattes dürfte sowohl auf jenes, sich allenthalben immer deutlicher wahrnehmbar machende Regierungsprincip zurückzuführen sein, nach welchem jeder selbstständigen Regung der Bevölkerung entgegengewirkt werden muß, als namentlich auch auf die Thatsache, daß die von den meisten slovenischen Blättern, vor allen Dingen vom „Slovenski Narod", vertretenen politischen Anschauungen mit einer seltenen Heftigkeit und Maßlosigkeit verfochten werden. Gerade durch den Landespräsidenten von Krain, Baron von Winkler, sind aber die slovenischen Ansprüche erst ins Maßlose gesteigert worden, gerade durch ihn ist die national-slovenische Bewegung in Krain ins Ungeheure gewachsen. Die Geister, die er gerufen, wird er nun nicht los, und es kann wohl nichts Bezeichnenderes geben, als daß man genöthigt ist, auf Staatskosten ein Organ zu gründen, das die Folgen einer verfehlten Regierungspolitik in Krain abschwächen, den slovenisch-nationalen Feuereifer zeitweilig beruhigen, den nationalen Politikern einen Dämpfer aufsetzen und gewissermaßen als Regierungsbremse wirken soll. Daneben wird die bisherige officiöse „Laibacher Zeitung", die ihrer Gesinnung nach der Prager „Politik" nahe verwandt ist, noch wie vor bestehen bleiben. Gegen die deutsche Bevölkerung Krains soll in der „Laibacher Zeitung", gegen die allzu nationalen Slovenen, besonders auch gegen deren Organ, den „Slovenski Narod", in dem neuen „Ljubljanski list" polemisirt werden. — Nachdem im Jahre 1882 durch eine unerhörte Terrorisirung der deutschen Wähler die Stadtvertretung in Laibach nahezu ganz slovenisch geworden war, wurde als einer der ersten Beschlüsse der gefaßt, die sämmtlichen deutschen Schulen zu slovenisiren. Von der Regierung wurde 1883 dieser Beschluß unter der Bedingung gut geheißen, daß für hinreichenden Unterricht in der deutschen Sprache Sorge getragen werde und daß die Stadtbehörden eine reine deutsche Schule zu errichten hätten, sobald sich die erforderliche Anzahl deutscher Kinder dazu fände. Die 6000 Deutschen in Laibach haben sich nun gerührt und an den Magistrat die Forderung gestellt, daß eine deutsche Schule möglichst bald ins Leben gerufen werde. Allseitig ist man nun gespannt, wie sich die slovenische Stadtvertretung zu der Forderung verhalten wird. Sollte die Errichtung der deutschen Bildungsstätte auf die lange Bank geschoben werden, was jedenfalls zu erwarten steht, so wird sich wahrscheinlich die gut fundirte Laibacher Sparcasse ins Mittel legen und eine große deutsche Privatschule gründen, die den Vortheil hat, daß sie der Magistrat nicht durch Anstellung von slovenischen Kampflehrern ruiniren kann.

SLUB
Wir führen Wissen.